

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Freitag, 10. November 1916. Abends. Nr. 361

Gehrte Redaktion! Se. Exzellenz, der Herr Bürgermeister bittet, nachfolgende Einschiebung in seiner heute im Gewerbeverein gehaltenen Rede vorzunehmen:

Nach dem Absatze: In Verbindung mit der Höchstpreispolitik ...

Bei diesem Anlasse habe ich aber noch auf eine Tatsache hinzuweisen, welche der Planmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Verteilung der sogenannten Karten-Artikel widerstreitet. Wie ja bekannt sind die Bezugskarten für Lebensmittel, wie Mehl, Zucker, Kaffee, lediglich Kontrollkarten und keine Anspruchskarten. Das heißt: Ich bekomme den Artikel nur gegen die genannten Karten, aber ich habe keine Gewähr, daß die Ware mir unbedingt ausgefolgt werden muß. Es gibt in Wien nur eine Karte, welche als Anspruchsberechtigte Karte fungiert, das ist die Milchkarte für Kinder unter 2 Jahren und stillende Mütter. Neben dem Kartensystem besteht aber noch das System der Bezugsscheine. Das Nebeneinander der beiden Systeme schafft Ungleichheiten und bald unerträgliche Verhältnisse. Seitdem die Regierung im Vereine mit der Militärbehörde daran gegangen ist, den Kriegsindustriellen die Verteilung von Lebensmitteln an ihre Arbeiter, und insbesondere die Einrichtung von Kriegsküchen aufzutragen und bei dem weiteren Umstände, als in allen Hotels, Gasthäusern, bei Kostgebern u. s. w. Mehl und die anderen Artikel gegen Bezugsscheine bezogen werden, ohne daß jedoch vom konsumierenden Publikum Kartenabschnitte abgegeben werden, genießen so und so viele Personen einen doppelten Bezug. Die Familien erhalten die Karten und wollen sie realisieren, der Mann erhält aber die Mehleise, das mit Fett eingebrannte Gemüse ohne Karten. Wenn wir schätzen daß im Kriegsverbande allein 450.000 Personen in Wien angemeldet sind, ergibt das eine solche Inkongruenz, daß bei der herrschenden Knappheit an den wichtigsten Lebensmitteln jene Bevölkerungsschichten, die nicht einer Organisation angehören, benachteiligt und verkürzt werden. Knappheit an Lebensmitteln und chaotischer Verteilungsmodus vertragen sich nicht. Außerdem ist dadurch, daß die Regie-

runge und ihre Zentralstellen direkt dotieren, der Gemeinde jede Übersicht benommen, was an Konsumartikeln nach Wien kommt und wie sie verteilt werden. Eine solche Übersicht ist aber notwendig, um dem Prinzip der Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit zu entsprechen. Die Gemeinde hat daher - wie ich glaube mit Fug und Recht - gefordert, daß eine Zentralstelle geschaffen werde, in welcher die Vertreter der Gemeinde und der Konsumenten Sitz und Stimme haben und welcher die Übersicht über die eingebrachten Lebensmittel und die Art der Verteilung erschlossen wird.

Richtigstellung. In dem Absatz: Das Mehlgeschäft der Gemeinde hat einen Umsatz

soll es anstatt 99.640 K

99.640.000 Kronen heißen.